



Forschungsprogramm ExWoSt - Nationale Stadtentwicklungspolitik
Modellvorhaben Bildung als Standortfaktor

Projektbeschreibung

Bildung als Motor der Quartiersentwicklung - Bildung als Standortfaktor

Projektbeteiligte und Fördergeber

Das Modellvorhaben „Bildung als Motor der Quartiersentwicklung – Bildung als Standortfaktor“ zählt zum Handlungsfeld „Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren - Soziale Stadt“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Dieses Programm wurde vom Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) 2007 erstmalig ausgeschrieben, um innovative Projekte in der Stadtentwicklung zu fördern.

Das Modellvorhaben wird in Kooperation vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Stuttgart und der Hochschule für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur und Gestaltung, bearbeitet. Innerhalb der Hochschule ist das Projekt in den Masterstudiengang Stadtplanung integriert. Das Modellvorhaben hat im Februar 2008 begonnen und endet im Dezember 2009.

Projektgebiet und Ausgangslage

Das Modellvorhaben bezieht sich, wie das parallel laufende Modellvorhaben „Wohnen am Veielbrunnen – LowEnergy als Standortfaktor“, auf das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs im „NeckarPark“ als Projektgebiet. Dieses ist mit einer Fläche von rund 22 ha die größte innerstädtische Brachfläche im Eigentum der Stadt Stuttgart und befindet sich im Süden des mit rund 70.000 Einwohnern größten Stuttgarter Stadtbezirks Bad Cannstatt, in unmittelbarer Nähe zu Sportstätten, dem Motorenwerk der Daimler AG, dem Volksfestplatz Cannstatter Wasen und dem Neckar.

Die durch städtebauliche Barrieren geprägte Insellage, heterogene Gewerbestrukturen, die schlechten Wegebeziehungen zum Stadtbezirk, zum Neckar und zu Erholungsgebieten, die fehlenden Grünflächen und die Beeinträchtigung des Gebietes durch Verkehrslärm und Großveranstaltungen sowie ein fortschreitender Segregationsprozess im angrenzenden Bestandsquartier „Veielbrunnen“ mit zwei klassischen Sanierungsgebieten führten zu einem negativen Image des Gebietes. Darin liegt die besondere Problematik des Pro-

jektgebietes und des sich nach Westen anschließenden Bestandsgebiets „Veielbrunnen“ begründet.

Von herausragender Bedeutung ist die künftige Verbindung des Projektgebietes mit dem sich nach Westen anschließenden Stadtquartier Veielbrunnen. Es soll in den Aufwertungsprozess von Anfang an mit eingebunden werden. Der Veielbrunnen mit ca. 2240 Einwohnern zählt zu den Stuttgarter und Bad Cannstatter Quartieren mit besonders hohen Anteilen von Bewohnern mit Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Veielbrunnen liegt der Anteil nichtdeutscher Einwohner bei über 40%. Hierfür werden die Beeinträchtigung der Wohnqualität durch gewerbliche Nutzung und starken Verkehr verantwortlich gemacht. (LHS 27f). Im Quartier Veielbrunnen wohnen ca. 120 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren sowie 118 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Rund 92 Prozent der Kleinkinder im Veielbrunnen haben einen Migrationshintergrund. Dieser Wert ist im Vergleich zur Gesamtstadt Stuttgart mit durchschnittlich 58,2 Prozent deutlich erhöht. Das Quartier ist geprägt durch eine hohe Einwohnerdichte und eine modernisierungsbedürftiger Bausubstanz (LHS 2007:31). Seit 2003 ist der Veielbrunnen Sanierungsgebiet und es wurden bereits zahlreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. In den nächsten Jahren sollen sich dort einige für die Gesamtstadt bedeutsame Einrichtungen ansiedeln, um das Quartier zu stärken (z.B. das Haus der Familie, das Stadtarchiv, eine Jugendherberge, ein Jugendhaus, das Mobilitäts- und Erlebniszentrum, möglicherweise auch das neue Planetarium).

Im Rahmen der städtebaulichen Neuordnung soll im „NeckarPark“ ein nachhaltiges Stadtquartier mit einer ausgewogenen Sozialstruktur, attraktivem Bildungs- und Betreuungsangebot, einem zukunftsorientierten Energiekonzept, neuen Grün- und Freiflächen und damit einer hohen Lebensqualität entstehen. Die derzeitige Planung geht von mindestens 450 Wohnungen, umfangreichen Dienstleistungsangeboten und Gewerbeansiedlungen aus. Nach dem Abschluss des „Kooperativen städtebauliches Gutachterverfahrens Neckar-Park“ im Juli 2008 befindet sich das Bebauungsplanverfahren seit Februar 2009 in Vorbereitung.

Gesamtgesellschaftlicher Hintergrund und Ansatz

Neu beim Modellvorhaben „Bildung als Standortfaktor“ ist der Ansatz, über die Ansiedlung hochwertiger Bildungseinrichtungen gezielt Bevölkerungsschichten anzusprechen und zu gewinnen, die den Städten immer noch den Rücken kehren. Denn entgegen dem Trend zur Renaissance der Stadtkerne, wie er in der Leipzig Charta geschildert wird, verhalten sich Familien mit Bildungsnähe häufig anders.

Deswegen hat sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen in Deutschland, wie dem demographischen Wandel, der Globalisierung, dem Aspekt der Nachhaltigkeit sowie der zunehmenden Pluralisierung und Differenzierung der Lebensstile Familienfreundlichkeit zum Standortfaktor der Zukunft für Kommunen und Unternehmen entwickelt.

Das Interesse der Gemeinden und der Unternehmen richtet sich vor allem an die gut gebildete Mittelschicht (vgl. DStGb 2006, Prognos 2004), um diese Familien als Einwohner zu halten oder als Neubürger zu werben, um damit den Folgen des demographischen Wan-

dels entgegen zu steuern. Gerade diese ziehen jedoch zu einem hohen Prozentsatz aus der Stadt ins Umland (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2005), wenn die Familiengründungsphase beginnt oder spätestens wenn die Kinder in die Grundschule kommen. Familien, die in den Städten verbleiben, entwickeln Ausweichstrategien, damit ihre Kinder Schulen „mit gutem Ruf“ und „besonderem Profil“ besuchen können. Dies sind überwiegend nicht die innerstädtischen Schulen mit meist hohem Migrantenanteil, sondern Schulen in Randlage, darunter zunehmend private Schulen. Dadurch gerät das soziale Gleichgewicht in den staatlichen Schulen noch mehr ins Wanken. „Die Segregation geht von der Mitte aus“ bezeichnete Hartmut Häußermann diese Entwicklung auf dem 2. Kongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik in München.

Eine Untersuchung zum Umzugsverhalten von Familien mit Kindern bestätigt diesen Trend für Stuttgart. Familien ziehen entweder in die Stadtrandlagen oder in die benachbarten Landkreise (LHS Stuttgart, Stat. Amt 2007). Bezüglich der sozialen Mischung können in den Stuttgarter Grundschulen deutliche stadtteilbezogene Unterschiede ausgemacht werden, die sich auf die Übertrittsquoten auf weiterführende Schulen niederschlagen. Bei den Grundschulen in den Zentren der Stuttgarter Stadtbezirke beträgt der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund häufig deutlich mehr als 50 Prozent, während die Grundschulen, die näher zu teureren Wohnlagen mit Eigenheimen liegen, einen sehr geringen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund haben. Gerade diese Schulen verzeichnen deutlich höhere Übergangsquoten auf Gymnasien.

Die Anstrengungen der Stadterneuerung zur Verbesserung von Image und Sozialstruktur in benachteiligten Stadtteilen werden also erheblich dadurch beeinträchtigt, dass gerade für junge Familien mit Bildungsnähe und mittlerem Einkommen das Bildungsangebot zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden ist. Qualitätsvolles familiengerechtes Wohnen wird nur dann ein zukunftsfähiger Baustein einer nachhaltigen Stadtentwicklung sein, wenn die bauliche Quartiersentwicklung mit einer umfassenden Qualifizierung des Bildungsangebotes einhergeht. Um Wegzug zu verhindern und Zuzug zu fördern, müssen im Gleichschritt zu den investiven Maßnahmen die Betreuungs- und Bildungsangebote so erüchtigt werden, dass sie sich vom Standortnachteil zum Standortvorteil verändern.

Wie den Problemen der Exklusion und des negativen Image begegnet werden kann und wie Bildungseinrichtungen gleichzeitig Motoren der integrativen Quartiersentwicklung und Standortfaktoren werden können ist Inhalt des Modellvorhabens „Bildung als Standortfaktor“. Das Projekt will aufzeigen, wie wichtig die Vernetzung qualifizierter Betreuungs- und Bildungsangebote mit familiengerechten Wohnungsangeboten in der Stadt ist. Am Beispiel des „NeckarParks“ wurde erprobt, wie sich qualitativvoller städtischer Wohnungsbau mit einer frühzeitigen Qualifizierung der Betreuungs- und Bildungsangebote, insbesondere im Vor- und Grundschulbereich, enger verzahnen lässt. Ziel ist es, das Betreuungs- und Bildungsangebot zu einem positiven Standortfaktor zu entwickeln, um den Zuzug von Familien oder Paaren in der Familiengründungsphase mit Bildungsnähe und mittlerem Einkommen zu fördern. Es ist eine Besonderheit dieses Modellprojektes, das künftige Betreuungs- und Bildungsangebot sehr frühzeitig in den Planungsprozess mit einzubinden. Parallel zu den Investitionen in bauliche Maßnahmen wird das bestehende Bildungsangebot qualifiziert. Dabei werden inhaltlich und methodisch innovative Ansätze gewählt.

In Kooperation mit dem Modellvorhaben LowEnergy heißt das zusammenfassend: Sehr gute inklusive Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten sollen gemeinsam mit innovativen Gebäuden mit höchsten Dämmstandards Standortkriterien für die künftigen Bewohner des neuen städtischen Wohnquartiers werden. Die Bildungseinrichtungen als öffentliche Gebäude sollen als Pilotgebäude mit Triple Zero Standard Vorbildfunktion in energetischer Hinsicht haben.

Herangehensweise, Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die Untersuchungen im Modellvorhaben verdeutlichen, dass es weder an innovativen Konzepten im Bildungsbereich, noch an guten Beispielen für Architektur und Raumkonzepten, sondern an der Kooperation mangelt. Staatliche Bildungseinrichtungen werden selten partizipativ geplant. Der Bedarf wird anhand von realisierten Wohnungen und Geburtenzahlen errechnet und hinkt vielerorts dem tatsächlichen Bedarf hinterher (z.B. Lauchäcker, Burgholzhof). Es wird ohne konkrete, ortsbezogene und pädagogische Leitbilder geplant und ohne die spätere Leitung der Bildungseinrichtungen. Es ist eine vorausschauende kooperative Planung notwendig, die alle betroffenen Ebenen und alle Beteiligten einbindet - auch Fachbereiche, die bisher eher selten intensiv miteinander kommuniziert haben.

Deshalb wurden im Modellvorhaben in einem breit angelegten diskursiven Verfahren Strategien entwickelt, wie parallel zum Wohnungsangebot das Bildungsangebot insbesondere im Vor- und Grundschulbereich verbessert werden kann. Eingebunden in eine Steuerungsgruppe sind Vertreter städtischer Ämter, das Staatliche Schulamt, Gemeinderat und Bezirksbeirat, Bildungsexperten und Planer sowie ein lokales Bildungsnetzwerk mit intensiver Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Elternvertretern.

Ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den anderen vier Bildungsprojekten im Programm ist das frühe Stadium für den Einstieg in die Konzeption für Bildungseinrichtungen. Dadurch ergab sich die Möglichkeit den städtebaulichen Entwurf in Bezug auf die Bildungseinrichtungen zu bewerten. Neue pädagogische Konzepte erfordern andere Raumkonzepte und einen direkten Austausch der Bildungseinrichtungen untereinander. Daher müssen für qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen bereits besondere Anforderungen an den städtebaulichen Entwurf gestellt werden. Die städtebaulichen Entwürfe im Gutachterverfahren wurden hinsichtlich der Lage, räumlichen Nähe, Nachbarschaften, verkehrlichen Erreichbarkeit und Größe der Fläche für die geplanten Bildungseinrichtungen bewertet.

Zu Beginn des Projektes stand bei der Hochschule für Technik eine umfangreiche Recherche zum Stand der Forschung im Themenfeld Bildung, Stadtentwicklung. Daraus entstanden eine Datenbank mit bereits in Deutschland durchgeführten Bildungsprojekten, Vorträge, Zwischenberichte und Fachartikel.

Bei einem Expertenhearing im Juli 2008 sprachen sich die lokalen Bildungsexperten für eine besondere staatliche Ganztageschule und zusätzliche Bildungs- und Betreuungsangebote im Vorschulbereich im Sinne eines Bildungshauses aus. Es wird eine Modulbauweise notwendig sein, damit trotz zeitlich versetzter Bauabschnitte sichergestellt ist, dass

von Anfang an ein Angebot für die ersten Bewohner da ist, erweitert und evtl. später umgenutzt werden kann.

Die statistischen Auswertungen in Kooperation mit dem Schulverwaltungsamt, Stadtplanungsamt und dem Büro Pesch belegen, dass für die politisch gewünschte eigenständige zweizügige Grundschule im Stadtteil mindestens eine Basis von 650 neuen Wohnungen notwendig ist. Bisher sind im Projektgebiet 450 Wohnungen geplant, im Stadtteil Veielbrunnen sind weitere rund 100 Wohnungen im Bau bzw. geplant. Hier ist die Politik gefordert, die notwendigen Voraussetzungen für eine eigenständige Schule zu schaffen, die auch die bestehenden Schulen (Martin-Luther-Schule und Schillerschule) spürbar entlasten würde. Der erste Entwurf des Büro Pesch hat gezeigt, dass im Gebiet auch eine höhere Dichte mit städtebaulicher Qualität zu realisieren ist.

Das Gelingen des Modellvorhabens und des gesamten Wohngebietes wird davon abhängen, ob es gelingt im ersten Bauabschnitt möglichst viele familienfreundliche Wohnungen zu schaffen und zu vermarkten. Gelingt dies nicht ist die soziale Mischung der neuen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nicht gegeben, weil dann die Kinder mit Migrationshintergrund aus dem Veielbrunnen überwiegen werden. Dies spricht für einen deutlich höheren Anteil an Wohnungen im ersten Bauabschnitt.

Eine Standortuntersuchung durch die Hochschule für Technik ergab, dass der jetzige Standort für die Bildungseinrichtungen von seiner Größe her ausreichen wird. Er bietet sogar durch die nördlich davon gelegene Rückzugsfläche für Mauereidechsen die Möglichkeit eines öffentlich zugänglichen Bolzplatzes. Von erheblichem Nachteil sind die bestehenden Mietverhältnisse auf dem Gelände. So haben z.B. die Diskothek Zollamt und das Küchenstudio Verträge bis Ende 2016. Erschwerend kommt hinzu, dass bereits ausgelaufene Verträge weiter verlängert wurden. Obwohl die Bildungsgebäude in Modulbauweise geplant und realisiert werden sollen ergeben sich dadurch massive Probleme. Teile der bestehenden Gebäude befinden sich auf einer geplanten Erschließungsstrasse für den zweiten Bauabschnitt. Die Bildungsgebäude sollten jedoch im ersten Bauabschnitt mit den ersten Wohnungen fertig gestellt werden. Hier ist die Zufahrt für Baufahrzeuge, aber auch im Betrieb zu klären. Die Bildungsreinrichtungen werden über mehrere Jahre massiv durch Baulärm und -verkehr gestört werden, wenn die geplanten Bauabschnitte nicht verlagert werden.

Im Oktober 2009 haben 330 Architekturstudenten der Hochschule für Technik unter dem Motto „Die Stadt der Zukunft - wie wir morgen leben wollen“ innovative Entwürfe für das Projektgebiet entwickelt. Diese enthielten unter anderem Ideen für nachhaltige Mobilität, Energieversorgung sowie neue Wohn- und Arbeitsformen, die weit über die derzeitigen Planungen hinausgehen.

Die Entwicklung des Projektgebiets könnte eine Vorzeigemodell für die nachhaltige Entwicklung von Flächen im Bestand in Stuttgart mit Vorbildcharakter für andere Städte sein. Jedoch ist in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung des Projektgebietes die Betrachtung der Aspekte Bildung und Low Energy zu einseitig. Um der Komplexität des Themas Nachhaltigkeit gerecht zu werden ist ein Generalist notwendig, der federführend alle Planungen begleitet. Denkbar ist eine Projektsteuerung durch eine interdisziplinäre, ämterübergrei-

fende Steuerungsgruppe bei der Stadt. Die Entwicklung der Flächen muss durch die Planung und nicht durch eventuelle Investoren gesteuert werden.

Im Frühjahr 2009 wurde mit einer virtuellen Befragung zum urbanen Familienwohnen in Stuttgart begonnen, da im Projektgebiet noch niemand wohnt und die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner noch nicht bekannt sind. Die Befragung wurde gemeinsam mit dem Projekt Low Energy durchgeführt. In vier realisierten Neubaugebieten (Vaihingen-Lauchäcker, Feuerbach-Schelmenäcker, Heslach-Lerchenrain und Bad Cannstatt-Burgholzhof) wurde nach den Gründen der Standortentscheidung und dem Stellenwert der Themen Bildung und energetischen Bauens in diesem Zusammenhang gefragt. Außerdem wurden Experten aus Planung, Gebäudewirtschaft und Verwaltung u.a. danach gefragt, welche Bewohnergruppen sie sich für den Neckarpark vorstellen können. Die Befragung wird derzeit ausgewertet.

Studierende des Studienganges Infrastrukturmanagement an der Hochschule für Technik Stuttgart haben sich im Sommersemester 2009 unentgeltlich und ohne Auftrag mit der Unterführung zwischen der Morlock- und der Deckerstrasse auseinandergesetzt. Diese Unterführung hat für das Projektgebiet als Bindeglied zum Stadtbezirk Bad Cannstatt und als Eingangsbereich eine besondere Bedeutung, befindet sich aber seit Jahrzehnten in einem unzumutbaren Zustand und ist somit nicht für den Durchgang von Schulkindern geeignet. Die Studierenden haben im Juli dem Bezirksbeirat u.a. ihre Ideen für einen Neubau und eine Verlagerung der Unterführung Richtung Karlsbader bzw. Martin-Luther-Str. vorgestellt.

Im Juli 2009 wurde in der Hochschule für Technik die Wanderausstellung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik eröffnet und ausgestellt. Sie zeigt die Spannweite der Projekte innerhalb des Programms auf.

Zusammen mit den anderen vier Bildungsprojekten im Programm Nationale Stadtentwicklungspolitik wird derzeit eine Empfehlung formuliert, wie das Thema Bildung zukünftig in der Stadtentwicklungsplanung stärker berücksichtigt werden soll und wie Bildung verbindlicher Bestandteil von Entscheidungsfindungsprozessen werden kann.

In drei ausführlichen Sitzungen wurde mit der Arbeitsgruppe zum pädagogischen Rahmenkonzept mit ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern zunächst über grundlegende Elemente des pädagogischen Konzeptes für das Bildungs- und Betreuungshaus diskutiert und anschließend die Auswirkungen auf das Raumprogramm zusammengestellt. Darauf aufbauend werden derzeit ein Beteiligungskonzept und ein erster Kriterienkatalog und Empfehlungen für die Auslobung eines hochbaulichen Wettbewerbs ausgearbeitet.